

26.07.2019

Zigarettenwerbung in Deutschland

Sehr geehrte Damen und Herren,

„Einfach. Probieren. Probemonat jetzt!“

Groß und permanent prangt es so von zahlreichen Litfaßsäulen. Die Werbefarben sind z.B. blass-türkis und weiß. Farben, die für medizinisch „cleane“ Produkte stehen. 2019 wird die Zigarettenindustrie vermutlich einen traurigen Höhepunkt an Werbekosten veröffentlichen müssen. Offenkundig wird die Passivität des Bundestages sowie der Bundesregierung ausgenutzt, um noch massiv E-Produkte zu bewerben. Nach Medienberichten liegt dem Bundeswirtschaftsministerium ein Vorschlag der Zigarettenindustrie vor, sukzessive die Steuer für herkömmliche Tabakprodukte zu erhöhen – jedoch nicht bei E-Zigarettenprodukten. Man gewinnt den Eindruck, dass es die Zigarettenindustrie noch schafft, E-Zigaretten-Produkte durch die Werbeverbostlücke auf dem deutschen Markt zu platzieren.

Seit 2005 ist (nach der EU-Richtlinie zur Eindämmung des Tabakgebrauchs sowie dem WHO Rahmenübereinkommen) Tabakwerbung im öffentlichen Bereich verboten. Trotzdem wird in Deutschland immer noch großflächig Werbung gemacht und im Kino nach 18 Uhr werden entsprechende Werbespots platziert. Deutschland ist das einzige Land der EU, welches das Werbeverbot nicht umfassend umsetzt. Beworben werden aktuell vor allem nikotinhaltige E-Zigarettenprodukte. Die Werbung richtet sich auch stark an Jugendliche. Sie wirkt sich nachweislich auf Kinder und Jugendliche aus. Auch nikotinhaltige E-Zigarettenprodukte sind gesundheitsschädlich – gerade oft auch durch die enthaltenen Zusatzstoffe.

2017 scheiterte ein Kabinettsentwurf. Um einen erneuten langfristigen Gesetzesprozess zu verhindern, fordern wir den Bundestag und die Bundesregierung auf, das WHO-Rahmenübereinkommen schnellst möglich umzusetzen. Dabei müssen auch Umgehungsversuche bzgl.

Zusatzstoffregularien der Zigarettenindustrie (durch z.B. isolierte Vermarktung der Nikotinbestandteile) unterbunden werden.

Eine verbandsübergreifende Resolution wurde bereits im Mai durch unseren Berufsverband an die Bundesregierung versendet.

Mit freundlichen Grüßen,

Der Vorstand des VPP
im Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen (BDP) e.V.

Gunter Nittel

Dr. Johanna Thünker

Susanne Berwanger